

KOMMUNALPOLITIK - GEMEINDERAT SEGNET DEN PLAN DER VERWALTUNG AB, ZEHN MILLIONEN EURO AUS DER RÜCKLAGE EINER STÄDTISCHEN GESELLSCHAFT ZU NEHMEN

Schulbauprogramm auf dem Weg

Es gab viel Konsens an diesem Nachmittag, in einer Sache diskutierten die Gemeinderäte aber durchaus leidenschaftlich: nämlich bei der Frage, ob die Verwaltung zehn Millionen aus den Rücklagen der städtischen Tochtergesellschaft BBS entnehmen darf, um damit auf eine Gesamtinvestitionssumme von 100 Millionen Euro für die Sanierung von Schulen zu kommen. Der Hintergrund: Investiert die Stadt diese Summe innerhalb der nächsten vier Jahre, erhält sie aus Fördertöpfen von Bund und Land zusätzliche 25 Millionen Euro.

Auf dieses Geld wollte keiner der Redner verzichten. Allen war es wichtig, dass Schulen und Schüler maximal profitieren. Nur das „Wie“ störte manchen. Am Ende aber gab es – bei drei Gegenstimmen und einigen Enthaltungen – eine klare Mehrheit.

„Für uns extrem wichtig“

Oberbürgermeister Peter Kurz (SPD) machte zunächst klar, dass die Stadt die Fördersumme unbedingt ausschöpfen möchte. Dazu müssten Teil- und Generalsanierungen in Schulen ausgeweitet werden, um auf die 100 Millionen Euro Investitionen zu kommen. Für Kurz war es wichtig, dass BBS-Chef Karlheinz Frings signalisiert habe, dass seiner Gesellschaft die verbleibenden zwölf Millionen Euro in der Rücklage in den nächsten Jahren reichen werden. Bürgermeisterin Ulrike Freundlieb (SPD) verdeutlichte, dass die Vorlage „für uns extrem wichtig“ ist und dass es „die Quadratur des Kreises“ war, den Förderantrag so kurzfristig zu stellen. Bis 30. März muss der Antrag fertig sein.

Claudius Kranz (CDU) sagte, dass seine Fraktion erst nach einem langen Gespräch mit BBS-Geschäftsführer Karlheinz Frings von diesen Plänen überzeugt wurde. Für Lena Kamrad (SPD) war es „wichtig, dass zusätzliche Mittel zur Sanierung von Grundschulen zur Verfügung“ stünden. Roland Weiß (Mannheimer Liste) sagte, er

sei „froh, dass es der Verwaltung gelungen ist, in kurzer Zeit ein Konzept zu stricken“, um auf die benötigten 100 Millionen zu kommen. Eberhard Will (Bürgerfraktion) fand das Vorgehen „nicht ganz seriös, aber vertretbar“.

Kritik kam von den Grünen, der FDP und den Linken. Dirk Grunert (Grüne): „Die Datenlage ist für uns zu dünn, das Risiko zu groß.“ Volker Beisel kann sich „nicht damit anfreunden, dass zehn Millionen Euro aus der Reserve“ genommen werden. Ähnlich argumentierte Thomas Trüper (Linke): „Rücklagen werden künftig gebraucht – genau das ist ja der Charakter einer Rücklage.“

Vergütung von Feuerwehrmehrarbeit: Die Stadt wird einen Teil der bei der Feuerwehr von 2001 bis 2005 angefallenen Überstunden bezahlen. Die Stadt hatte die Auszahlung bisher verweigert, zum einen wegen der Verjährung, zum anderen wegen der Verpflichtung, sich an die entsprechende Rechtsprechung zu halten. Es handelt sich um insgesamt 61 500 Überstunden – nicht, wie in der vergangenen Woche fälschlicherweise berichtet, um 1500 Überstunden. Der Vergleich des Verwaltungsgerichts in Karlsruhe sieht nun vor, dass die Stadt jede vierte Stunde bezahlt. Sie kostet das rund eine Million Euro.

Regelwerk Bürgerbeteiligung: „Ein Riesenschritt in Richtung Transparenz der Stadtverwaltung“ – Linken-Stadtrat Thomas Trüper lobte die Vorhabenliste mit allen städtischen Planungen und Projekten, die gestern einstimmig beschlossen wurde. Sie soll als Grundlage für die mögliche Beteiligung von Bürgern dienen. Lob kam auch von Heidrun Kämper (SPD) und Melis Sekmen (Grüne). Diese freute sich, dass Bürgerbeteiligung nun „Schritt für Schritt umgesetzt wird“. Die Liste sei „zentrales Element der Mannheimer Bürgerbeteiligung“.

„Pakt für Integration“: Die Stadt erhält vom Land knapp 1,1 Millionen Euro, um damit acht Stellen für Integrationsmanager zu schaffen (wir berichteten). Der Gemeinderat beschloss nun, dass die Verwaltung den Trägern der Stellen zur Deckung von Sachkosten einen ergänzenden pauschalen Zuschuss pro Vollzeitstelle und Jahr in Höhe von 6400 Euro zahlen kann.

© Mannheimer Morgen, Mittwoch, 21.03.2018